

Beschlusspapier der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen am 04.12.2018

## **GRÜNE DROGENPOLITIK: PRÄVENTION STATT DROGENVERBOT - FÜR EINE STARKE SUCHT-PRÄVENTION UND AKZEPTIERENDE DROGENPOLITIK IN BERLIN**

### **Selbstbestimmung und Aufklärung statt Tabuisierung**

Im Mittelpunkt muss die Selbstbestimmung und Freiheit von Konsumierenden stehen. Der Konsum psychoaktiver Substanzen ist Teil menschlichen Verhaltens. Die Gründe, warum Menschen Drogen konsumieren, sind sehr vielfältig. Das Drogenverbot und der Fokus auf die Strafverfolgung stehen der Selbstbestimmung und Freiheit von erwachsenen Konsumierenden entgegen.

Das Abstinenzmantra ist keine Suchtprävention. Weil Drogen nicht harmlos sind und gesundheitliche Schäden verursachen können, müssen erwachsene (potenzielle) Konsumierende über die Droge, ihre Wirkung, die gesundheitlichen Risiken und das Suchtpotenzial, Maßnahmen der Schadensminderung und Verhalten im Notfall vorurteilsfrei aufgeklärt werden. Nur informiert können sie selbstbestimmt eine Entscheidung für oder gegen den Konsum fällen.

Nicht immer ist der Drogenkonsum Ausdruck von Selbstbestimmung und Freiheit des/der Konsumierenden. Problematisches Konsumverhalten und die Entwicklung von Abhängigkeitserkrankungen sind von verschiedenen Faktoren abhängig, die sich darauf auswirken, ob der Konsum selbstbestimmt bleibt. Eine Abhängigkeit ist eine schwere Erkrankung. Strafverfolgung oder Stigmatisierung sind keine passenden Antworten auf die Probleme und Bedürfnisse suchterkrankter Menschen.

### **Entkriminalisierung statt sinnloser Kifferjagd**

Das Drogenverbot konnte weder die Nachfrage, noch das Angebot von Drogen reduzieren. Die Strafverfolgung von Konsumierenden verfehlt ihr Ziel. Der Drogenkonsum ist seit Jahren gleichbleibend hoch. Die Jagd auf Konsumierende schränkt nicht nur deren Freiheit und Selbstbestimmung ein, sondern setzt falsche Schwerpunkte für Polizei, Justiz und Staatsanwaltschaft. Wertvolle Kapazitäten werden gebunden, die bei der Bekämpfung der organisierten Drogenkriminalität fehlen. Gerade deshalb war es richtig, die sinnlosen Null-Toleranz-Zonen in Berlin rund um den Görlitzer Park abzuschaffen. Die Kriminalisierung von Drogenkonsumierenden ist unverhältnismäßig und kontraproduktiv.

Denn Fakt ist: Die repressive Drogenpolitik fördert drogenbedingte Probleme. Sie löst sie aber nicht. Auf dem Schwarzmarkt, der fest in den Händen der organisierten Kriminalität ist, existieren weder Jugend- oder Verbraucher\*innenschutz, noch Suchtprävention. Statt Menschen zu schützen, erschwert das Drogenverbot für Betroffene den Zugang zu Hilfsangeboten und Therapie, denn Betroffene haben Angst vor Sanktionen. Eltern decken die Cannabisabhängigkeit ihres Kindes aus Scham und Angst vor Strafverfolgung, so dass medizinisch-therapeutische Hilfe oft erst viel zu spät erfolgt. Ein Mensch mit Opiatabhängigkeit wird durch die Verurteilung zu einer Haftstrafe nicht automatisch „clean“, denn Sucht ist eine Krankheit und kann nicht durch Repression geheilt werden.

### **Grüne Drogenpolitik: präventiv, vernünftig und akzeptierend**

Wir Grüne setzen uns für eine evidenzbasierte und am Wohl der Menschen orientierte Drogenpolitik ein. Drogenpolitische Maßnahmen müssen auf wissenschaftlichen Erkenntnissen gründen und dürfen nicht länger ideologisch in Stein gemeißelt sein. Jegliche Kriminalisierung von Drogenkonsumierenden lehnen wir strikt ab. Unser Ziel ist es, die Schäden durch Drogen frühst-, weitest- und bestmöglich zu reduzieren. Das gilt für alle legalen wie illegalen Drogen, ebenso wie für stoffungebundene Suchtformen, wie die Spielsucht.

Wir Grüne stehen für eine starke Drogen- und Suchtprävention. Wir setzen auf einen selbstbestimmten und informierten Drogenkonsum erwachsener Konsumierender. Drogen müssen nach ihrem Risiko- und Suchtpotenzial wissenschaftlich bewertet und staatlich reguliert werden. Ein reguliertes System etabliert Schutz und Sicherheit, setzt aber auch klare Grenzen. Kinder- und Jugendschutz sind für uns nicht verhandelbar. Um Kinder und Jugendliche besser zu schützen und die Prävention zu stärken, braucht es ein gemeinsames Vorgehen der verschiedenen Akteur\*innen in den Bildungs-, Jugend- und Gesundheitseinrichtungen sowie der Polizei, aber auch verstärkte Information und Aufklärung für Eltern.

Um Schäden durch Konsum wirksam zu reduzieren, setzen wir auf glaubhafte Information und Aufklärung über Drogen und ihre Risiken sowie schadensmindernde Maßnahmen. Für Menschen mit einer Abhängigkeitserkrankung müssen leicht zugängliche Hilfsangebote und medizinische wie therapeutische Versorgung zur Verfügung stehen.

Die drogenpolitischen Vereinbarungen im Rot-Rot-Grünen Koalitionsvertrag tragen eine klare Grüne Handschrift. Hier sind uns wichtige Verhandlungserfolge gelungen, die Berlin braucht, um Suchtprävention, Schadensminderung und Suchthilfesystem zu stärken. Die Umsetzung des Cannabismodellprojektes und die Einführung von Drug-Checking sind für uns wichtige und längst überfällige Schritte in der Drogenpolitik. Deshalb war und ist es für uns Grüne wichtig, im Haushalt Gelder einzuplanen, die eine Umsetzung dieser Projekte ermöglichen.

Darüber hinaus haben wir Grüne jedoch den Anspruch, die Berliner Drogenpolitik weiterzudenken. Der Wandel hin zu einer vernünftigen und akzeptierenden Drogenpolitik fängt mit der Umsetzung der Koalitionsvereinbarungen erst an.

## **Wir fordern:**

- **Die Etablierung eines landeseigenen Cannabisunternehmens zum Anbau von Cannabis zum medizinischen Gebrauch zu prüfen.**
- **Die Gründung eines Cannabis-Städte-Netzwerkes für wissenschaftlich begleitete Cannabismodellprojekte.**
- **Eine Bundesratsinitiative zur Einführung eines Cannabiskontrollgesetzes in Deutschland sowie zur Evaluation des Betäubungsmittelrechts.**
- **Eine Landesstrategie zur Prävention von Tabakkonsum, riskantem Alkoholkonsum sowie Spiel- und Mediensucht.**
- **Eine Berliner Kampagne zur Aufklärung über Arzneimittelabhängigkeit sowie eine Studie über Arzneimittelabhängigkeit in der Altersgruppe über 65 Jahren.**
- **Einen Runden Tisch zur Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung von drogenkonsumierenden Menschen und Menschen mit Suchterkrankungen in Haftanstalten.**
- **Den Ausbau von Drogenkonsumräumen und Diamorphinpraxen in Berlin sowie den Ausbau von sicheren Spritzenentsorgungskanistern an Konsumorten.**
- **Ein Berliner Naloxonprojekt, um tödliche Opiatvergiftungen zu verhindern.**
- **Den Ausbau von Drug-Checking und Präventionsarbeit im Party-Setting.**
- **Leicht zugängliche Informationen und Unterstützungsangebote für Familien mit Suchterfahrungen.**
- **Die Weiterentwicklung und Förderung der Fachstelle für Suchtprävention.**

Cannabis auf Rezept ist endlich legal und der Cannabisanbau zu medizinischen Zwecken lizenziert möglich. Das Land Berlin soll die Möglichkeiten prüfen, ob und wie ein **landeseigenes Unternehmen den Anbau und die Produktion von medizinischem Cannabis** in Berlin umsetzen kann. Mit der bundesgesetzlichen Regelung ist der Zugang zu Cannabis als Medizin nicht für alle betroffenen Patient\*innen gewährleistet. Denn wenn ein Rezept vorliegt und die Krankenkasse die Kosten übernimmt, sind Cannabisblüten in der Apotheke oftmals nicht erhältlich oder die benötigte Cannabissorte nicht verfügbar. Lieferengpässe stehen der Versorgung von Cannabispatient\*innen immer noch im Weg. Ein landeseigenes Unternehmen **in Kooperation mit Wissenschaft, Forschung und Industrie** könnte einen Beitrag dazu leisten, die Versorgung mit medizinischem Cannabis zu verbessern und weiterzuentwickeln. Der landeseigene Cannabisanbau kann - über die Versorgung von Cannabispatient\*innen hinaus - auch die Belieferung wissenschaftlich begleiteter Modellprojekte in Deutschland mit Cannabis vereinfachen.

Die **Umsetzung eines Cannabismodellprojekts** ist der erste wichtige Schritt, um Erkenntnisse über die regulierte Abgabe von Cannabis an erwachsene Konsumierende zu sammeln. Neben Berlin interessieren sich weitere Städte für Cannabismodellprojekte. Akteur\*innen, Wissen und Erfahrungen sollen in einem **Cannabis-Städte-Netzwerk** gebündelt werden. Städteübergreifende und wissenschaftlich begleitete Projekte können den Erkenntnisgewinn potenzieren und auch kollektive

Projekte im ländlichen Raum ermöglichen. Für uns Grüne steht aber fest: Langfristig muss der Cannabismarkt bundesweit reguliert und Konsumierende entkriminalisiert werden. Deshalb muss sich das Land Berlin mit einer **Bundratsinitiative für die Einführung eines Cannabis-kontrollgesetzes** einsetzen.

Die gescheiterte Cannabispolitik ist jedoch nur ein Beispiel für die verfehlte Drogenpolitik in Deutschland. Das Betäubungsmittelrecht muss dringend auf den Prüfstand. Das Land Berlin muss dazu eine **Bundratsinitiative zur Evaluation der beabsichtigten und unbeabsichtigten Wirkungen des Betäubungsmittelrechts** anstoßen. Wir wollen das Betäubungsmittelrecht dahingehend weiterentwickeln, dass es eine evidenzbasierte Drogenpolitik in Deutschland etabliert, die nicht länger von ideologischen Stoppschildern aufgehalten wird.

**Suchtprävention muss gleichermaßen bei legalen Drogen ansetzen.** Tabak und Alkohol sind die am meisten konsumierten Drogen und können schwere gesundheitliche Schäden verursachen. Prävention und Aufklärung müssen auch für legale Substanzen gestärkt werden. Wir fordern eine **Landesstrategie zur Prävention und Reduzierung von Tabakkonsum und riskantem Alkoholkonsum.** Ziel ist es, ein Maßnahmenpaket zu schnüren, das über gesundheitliche Risiken aufklärt, den Konsum legaler Drogen in Berlin reduziert sowie Kinder und Jugendliche wirksam vor den Schäden durch Tabak und Alkohol schützt. Darüber hinaus müssen auch stoffungebundene Suchterkrankungen wie die Glücksspielsucht und Mediensucht in den Fokus gerückt werden. Dazu braucht es eine **Strategie zur Verhütung von Spiel- und Mediensucht**, die frühzeitig über die Risiken der Spielsucht aufklärt, aber auch einen gesunden Umgang mit Medien trainiert. Alle Präventionsstrategien müssen einen Maßnahmenmix beinhalten, der Verhaltens- und Verhältnisprävention gleichermaßen berücksichtigt. Das Land Berlin soll prüfen, inwiefern ein **Lizenzierungssystem für Raucherbars** dazu beitragen kann, den Nichtrauchererschutz in Berlin zu stärken. Gemeinsam mit den Bezirken soll die **Verdrängung von Tabak-, Alkohol- und Glücksspielwerbung** vorangetrieben werden. Wir unterstützen die Abschaffung aller Werbeformen für Tabak, Alkohol und Glücksspiel im Rahmen einer bundesgesetzlichen Regelung.

Arzneimittelabhängigkeit bleibt oft unerkannt. Viele Betroffene sind sich ihrer Suchterkrankung nicht bewusst, da sie das Medikament ursprünglich ärztlich verschrieben bekamen. Um auf die Risiken der Suchterkrankung aufmerksam zu machen und der Tabuisierung entgegenzuwirken, soll eine **landesweite Aufklärungskampagne zur Arzneimittelabhängigkeit** initiiert werden, die sich an die Öffentlichkeit sowie an die Gesundheitsberufe richtet. Insbesondere ältere Menschen und Frauen sind häufiger von einer Arzneimittelabhängigkeit betroffen. Das Wissen über Arzneimittelabhängigkeit bei Menschen über 65 Jahren ist jedoch gering. Eine **Studie über das Ausmaß der Arzneimittelabhängigkeit im höheren Alter** – auch in Hinblick auf den wachsenden Anteil dieser Bevölkerungsgruppe – ist daher dringend notwendig.

Gefängnismauern sind keine Prävention gegen Drogenkonsum. Auch in Haftanstalten werden Drogen hineingeschuggelt und konsumiert. Inhaftierte Menschen leiden mitunter an einer Abhängigkeitserkrankung, nicht selten müssen sie eine Haftstrafe aufgrund von Beschaffungskriminalität absitzen. Um die gesundheitliche Versorgung von Menschen in Haft langfristig in den Fokus zu rücken und nachhaltig zu verbessern, soll ein **Runder Tisch zur Verbesserung der gesund-**

**heitlichen Versorgung von drogenkonsumierenden Menschen und Menschen mit Suchterkrankungen in Haftanstalten** eingesetzt werden. Ziel dieser Arbeitsgruppe unter Beteiligung aller relevanten Akteur\*innen des Justizvollzugs, der Suchtprävention und -hilfe sowie Sozialhilfe und Wissenschaftler\*innen ist es, Empfehlungen zur Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung von drogenkonsumierenden Menschen und denen mit Abhängigkeitserkrankungen in Haft auszuarbeiten. Diese Empfehlungen beziehen sich insbesondere auf die **Behandlung von Suchterkrankungen, Behandlung und Prävention von HIV- und Hepatitis-Infektionen, Zugang zu suchtmmedizinischen Fachärzt\*innen sowie Diamorphin-Therapie** und die lückenlose **Sicherstellung des Krankenversicherungsschutzes** nach Haftentlassung.

Statt auf eine drogenfreie Welt zu setzen, muss es das Ziel sein, Schäden durch Drogen bestmöglich zu reduzieren. Drogenkonsumräume sind lebensrettend. Deshalb müssen bedarfsgerecht **neue Drogenkonsumräume** entstehen, aber auch die bestehenden Konsumräumen müssen erhalten, ihre **Öffnungszeiten erweitert und das Personal aufgestockt** werden. Die Mitarbeitenden der Drogenkonsumräume leisten nicht nur schnelle medizinische Hilfe bei unbeabsichtigter Überdosierung, sondern bauen auch soziale Ausgrenzung und Stigmatisierung von Konsumierenden und Menschen mit Abhängigkeitserkrankungen ab. Konsumräume sind ein notwendiger Rückzugsort für Konsumierende, aber auch ein leicht zugängliches Hilfsangebot, das an medizinische und therapeutische Einrichtungen sowie an die Wohnungslosenhilfe weitervermittelt. **Beschäftigungsangebote für Menschen mit Suchterkrankungen** ermöglichen betroffenen Personen ihren Alltag zu strukturieren, und müssen daher dringend gefördert werden.

Drogen werden dennoch auch an öffentlichen Orten konsumiert. Benutzte Spritzen, die an öffentlichen Plätzen herumliegen, sind ein Sicherheitsrisiko und haben bereits zu vermeidbaren Stichverletzungen geführt. Daher sind **Spritzenentsorgungskanister** gemeinsam mit den Bezirken an Orten aufzustellen, wo Drogen injiziert werden, um Verletzungsgefahren bestmöglich zu vermeiden.

Substitutionstherapie und Diamorphinbehandlung haben maßgeblich dazu beigetragen, Menschen mit Opiatabhängigkeitserkrankungen gesundheitlich und sozial zu stabilisieren. Deswegen muss sichergestellt werden, dass **jegliche Kriminalisierung von Suchtmediziner\*innen ausgeschlossen** wird und der Zugang zu einer Substitutionsbehandlung in Berlin bedarfsgerecht gewährleistet ist. Die Einrichtung einer weiteren **Diamorphinpraxis** ist für eine gute suchtmmedizinische Versorgung in Berlin wichtig.

Der Einsatz von Naloxon kann einer unbeabsichtigten Opiatvergiftung entgegenwirken. Wir wollen ein **Naloxonprojekt** in Berlin etablieren, das den Einsatz von Naloxon fördert und dazu beiträgt, Drogentote in reduzieren. Dazu sollen Menschen, die Opiate konsumieren, sowie ihre Angehörigen **in der Anwendung von Naloxon geschult werden**. Dazu muss sichergestellt sein, dass alle Stellen, die mit suchtkranken Menschen arbeiten, über kundiges Personal verfügen. Dies betrifft Drogenkonsumräume, Therapieeinrichtungen und Präventions- und Suchtberatungsstellen sowie Gefängnisse. Im Rahmen einer **landesweiten Kampagne** sollen Ärzt\*innen, Apotheker\*innen und Betroffene für die **Naloxonverschreibung** sensibilisiert und über die Bedeutung dieser schadensmindernden Maßnahme aufgeklärt werden. Ziel soll es sein, das alle Betroffenen mit Naloxon ausgestattet sind, um dieses im Falle einer Überdosierung verabreichen zu können.

Menschen, die Drogen konsumieren möchten, ist es nicht egal, was sie konsumieren. Drug-Checking - die Analyse von Substanzen auf ihre Wirkstoffe und Zusammensetzung – in Verbindung mit Drogenaufklärung ist eine wirksame Maßnahme, um Drogenschäden zu reduzieren. Drug-Checking stärkt den gesundheitlichen Verbraucherschutz von Konsumierenden und erlaubt eine informierte Entscheidung über Konsum oder Konsumverzicht. Wir wollen die **finanzielle Förderung von Drug-Checking-Projekten** ausbauen. Unser Ziel ist es, dass neben der ausreichenden Finanzierung des Drug-Checkings in Einrichtungen der Drogenhilfe, auch der Projektausbau durch mobile Drug-Checking-Angebote ermöglicht wird. Darüber hinaus muss auch die **finanzielle Förderung von Präventions- und Aufklärungsangeboten im Party-Setting** ausgebaut und verstetigt werden.

Alle Mütter und Väter wollen gute Eltern sein. Auch Menschen mit problematischem Suchtmittelkonsum oder Abhängigkeitserkrankungen sorgen sich um ihre Kinder und möchten ihnen das zukommen lassen, was sie brauchen, um gut und gesund aufzuwachsen. Die Suchterkrankung wirkt sich jedoch nicht nur auf die betroffene Person aus, sondern auch auf das gesamte Familienleben. In Familien mit Suchterfahrungen erleben Kinder häufig Streit, aber auch psychische und körperliche Gewalt. Für Kinder von suchterkrankten Eltern ist es wichtig, sich an sichere Bezugspersonen wenden zu können, die sie und ihre Eltern in schwierigen Situationen unterstützen. Deshalb braucht es einen **Ausbau von leicht zugänglichen Unterstützungsangeboten für Eltern mit Suchterkrankungen**. Akzeptierende Ansätze sind dabei zu fördern, die beispielsweise die Punktnüchternheit des Elternteils stärken, aber auch Unterstützung bei der Kindeserziehung leisten und suchtherapeutische Versorgung für die ganze Familie anbieten.

Die Fachstelle für Suchtprävention muss auch für die Zukunft gut aufgestellt werden und mit ihren Aufgaben wachsen. Wir setzen uns für eine **Weiterentwicklung und Förderung der Fachstelle für Suchtprävention ein**, um Suchtprävention in Berlin stärker zu machen. Daher soll eine dauerhafte institutionelle Förderung der Fachstelle für Suchtprävention durch das Land Berlin geprüft werden. Information und Aufklärung setzt nicht nur bei (potenziellen) Konsumierenden, sondern auch bei Kindern und Jugendlichen, Eltern, Angehörigen der Gesundheits- und Sozialberufe oder der Polizei an. Insbesondere Kinder und Jugendliche müssen verstärkt in den Bildungs- und Freizeitorten über Konsum- und Suchtrisiken aufgeklärt werden. Dazu gehört es auch, Kindern und Jugendlichen Kompetenzen zu vermitteln, die dazu beitragen, schwierige Lebensphasen zu meistern und die sogenannte Resilienz zu erhöhen. Darüber hinaus ist die Koordination von suchtpreventiven Maßnahmen wichtig, um in Berlin ein dichtes Netz an passgenauen und wirksamen Angeboten für alle Zielgruppen und in verschiedenen Lebenswelten sicherzustellen.